

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 30 Goldpfennig. Geschäfts- und Privatanzeigen 40 Goldpfennig.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelhof 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitag morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 29

Duisburg, den 19. Juli 1924

25. Jahrgang

Der verschüttete Mensch

Man ist nicht oft in der Lage — leider wollen wir betonen — in der deutschen Arbeitgeberpresse Gedanken zu finden, die von einer höheren als einer nur privatwirtschaftlichen oder privatrechtlichen Werte ausgehen sind. Zwar müssen wir feststellen, daß der „Arbeitgeber“, die Zeitschrift der deutschen Arbeitgeberverbände sich sachlicher ansetzt gegen die Belange der Arbeiterschaft, als es das reaktionäre „Heftblatt“, die deutsche Arbeitgeberzeitung tut; aber auch im „Arbeitgeber“ findet man ruhige Würdigungen der Arbeiterschaft selten, so daß ein Artikel wie der von Dr. Westenberg, „Der verschüttete Mensch“ ohne Zweifel Aufsehen erregt. Wir können ihn, wenn wir von kleinen Einzelheiten absehen, vollinhaltlich unterschreiben. In der Nr. 27 führten wir die Stimme eines süddeutschen Industriellen an, dessen Grundtenor der war: Wir als Arbeitgeber müssen uns hüten, vom Arbeiter allein die Last des Wiederaufbaus zu fordern, sondern wir als Arbeitgeber müssen ebenfalls voll und ganz unsere Pflicht tun.“ Vom gleichen Gedanken geht Dr. Westenberg aus. Er betont scharf, daß unsere ganze gesellschaftliche Atmosphäre vergiftet sei durch Gegenseite, die vielfach unter dem Deckmantel von Wissenschaft oder Schlagworten erzeugt worden seien und er geht nun daran, die primitiven Forderungen, die oft dahinterstehen, aufzudecken. Dr. Westenberg folgert dann:

Was der Arbeiter will, ist doch im Grunde genommen nichts anderes, als was jeder bürgerliche Arbeiter (Beamte, freie Berufe) auch will, er will sehen, daß er nicht umsonst arbeitet, daß er in seinem Leben auf irgendeine Weise vorankommt, er will eine gesicherte Grundlage für sich und seine Familie haben, er will, daß seine Mittel in demselben Maße wachsen, wie die primitiven Lebensbedürfnisse seiner Familie; er will vor den härtesten Zufällen des Lebens geschützt sein, und sich ein Leben in Sicherheit und Ordnung erwerben. Alles übrige ist Nullifiz, Ideologie. Aber diese Wünsche, sind sie nicht bürgerliche Wünsche? Sind es nicht Forderungen, die jeder sogenannte bürgerliche Arbeiter als selbstverständlich ansieht und nicht antasten läßt?

Aber man sollte doch auch sehen, daß unter diesen ideologischen Steinen, unter diesen Trümmern von Parteiprogrammen ein Mensch verschüttet ist, der genau so denkt und fühlt, wie der bürgerliche auch. Warum sollte es hier keine Verständigung geben können? Man behandle diese Fragen als menschliche und nicht als Machtfragen. Ist es nicht klar, daß der Staat und die Gesellschaft einen viel fetteren Boden erschaffen, wenn diesem Streben der handarbeitenden Schichten nach bürgerlicher Lebensordnung — und das ist der Kern — Verständnis und im Rahmen des Möglichen Anerkennung zuteil würde? Wie kommt es, daß die Unterhaltung mit dem einzelnen Arbeiter, etwa so, wie sie sich im Schühengedanken von Mensch zu Mensch vollzieht, meist die Gegensätze verschwinden und das Gemeinsame hervortreten läßt und daß die Debatten in der Öffentlichkeit von Organisation zu Organisation nur unüberbrückbare Gegensätze ergibt. Weil hier die gesunde Einsicht und das gegenseitige Verstehen durch diese unheilvollen Kulis der Ideologie verdunkelt werden. Der bürgerliche sollte sich freuen, Freunde seiner bürgerlichen Lebensführung zu finden und sich möglichst viele solche Freunde zu schaffen. Diese gewinnt man aber nicht mit Parteiprogrammen und dem Pathos von Sittlichkeit, Gerechtigkeit, sondern allein dadurch, daß dem Proletariat bürgerliche Lebenswerte gegeben werden. Wenn der Proletariat sie nicht kennt, wie soll er sie verstehen oder gar verteidigen? Wie kann der bürgerliche Staat und die bürgerliche Gesellschaft von einem Menschen begriffen werden, der an diesem Staat und an dieser Gesellschaft keinen Anteil hat? Ein Mensch ohne Eigentum und ohne die Aussicht, ein bescheidenes Eigentum zu erwerben, muß ein Feind des Eigentums sein. Das ist selbstverständlich, aber das Selbstverständliche ist immer das Unbegreifliche.

Gibt es nun einen Weg, dem Proletariat diesen Anteil an den bürgerlichen Werten zu geben? Das ist die Kardinalfrage der ganzen bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Entweder diese Frage wird beachtend beantwortet, oder die bürgerliche Welt geht im Kampf mit dem Proletariat unter. Nun wird man nicht von heute auf morgen den Arbeiter zum bürgerlichen Kenner machen können, der sich mit 45 Jahren zur Ruhe setzen kann. Das ist aber auch nicht nötig; es wäre schon viel erreicht, wenn die ungeheure Initiative der bürgerlichen Wirtschaft, die Werte über Werte erzeugt, darauf gerichtet wäre, die arbeitenden Klassen zu bürgerlichen Lebensformen zu bringen. Eine unmögliche Aufgabe? Wenn man den ungeheuren Aufschwung der Wirtschaft in den letzten 50 Jahren verfolgt, wird man den Optimismus haben können, daß diese Wirtschaft auch in der Lage ist, sich einen ge-

lunden Boden zu schaffen. Diese Wirtschaft kann die größten Opfer bringen, wenn es heißt, das Haus im Kriege nach außen zu verteidigen. Sollte sie nicht auch die Opfer tragen können, dieses Haus zunächst in seinen Fundamenten zu sichern? Man sollte meinen, diese Opfer wären zu bringen, zumal sie nicht unter dem unberechenbaren Druck des Kriegsglücks, sondern nach kluger Wirtschaftsführung aufgebracht und verteilt werden könnten. Diese Opfer wären aber keine Opfer im Sinne des Krieges, sondern Investitionen, die sich verzinsen. Jeder, der die menschliche Natur auch nur oberflächlich kennt, weiß, daß ein lebensfreudiger Mensch ein guter Arbeiter, ein verbitterter Mensch ein unbrauchbarer Arbeiter ist. Man stelle sich eine Wirtschaft vor, bei der die Arbeiterarmee freudig mitkämpft! Sie wird eine ganz andere Produktivität haben als eine Wirtschaft, in der die Führer treiben und die Arbeiter sich bestenfalls mühsam treiben lassen. Hier wäre eine Produktionssteigerung von unerwartetem Ausmaße denkbar. Man denke aber auch an den inneren Markt. Bei aller großen Bedeutung des Außenhandels, die Grundlage jeder Volkswirtschaft bildet der innere Konsum. Diesen zu steigern liegt im Interesse der gesamten Industrie. Wenn man berücksichtigt, daß bei zahlreichen Fabriken, zumal bei denjenigen, bei denen viel Maschinenarbeit mitwirkt, der Lohnanteil des Arbeiters im Vergleich zum Verkaufswert der Ware relativ bescheiden ist, so sollte man, meinen, eine Differenzierung der Löhne mit einer Besserstellung der Arbeiter nach dem Grade der Erfahrung und des technischen Könnens, sowie nach dem Lebensalter wäre durchzuführen ohne eine Gefährdung des Exports; sie würde reichlich wettgemacht durch die Belebung des inneren Marktes, die allen Industrien zugute kommt, und durch eine gesteigerte Leistungsfähigkeit der Arbeiterklasse.

In der heutigen Atmosphäre der Klassengegensätze gehen allerdings die besten Wirkungen der Lohnhöhungen verloren, weil die Verbitterung zu angewachsen ist. Es wird notwendig sein, aus dem stumpfen und mißvergnügten wieder einen lebensfreudigen und strebenden Arbeiter zu schaffen. Wenn erst einmal eine andere vom Machtbuzillius freiere Luft geatmet ist, dann werden auch Lohnhöhungen in bescheidenen Grenzen, sowie die Verhältnisse es gestatten, eine größere Verriedigung und einen größeren Ansporn zu freudiger Arbeit hervorrufen.

Man hat zwar heute den Krieg ganz vergessen und will absolut keine Erfahrungen aus ihm in das bürgerliche „friedliche“ Leben hinübernehmen, aber in diesem Zusammenhang mag doch daran erinnert werden, daß der Deutsche zu jeder Leistung zu bringen ist, wenn er bei der Führung den Willen zur Anerkennung und zum menschlichen Verständnis sieht. Was aber für den militärischen Führer gilt, gilt erst recht für den Wirtschaftsführer. Es gilt abzubauen mit den Begriffsstücken und Machtmisslingen und den Aufbau der Wirtschaft und des Staates zu beginnen, mit der Aufdeckung der verschütteten Menschen und der menschlichen Beziehungen. Was nützen alle Produktionssteigerungen, wenn die Fundamente der Wirtschaft dabei zugrunde gehen. Entweder die Grundlagen werden sanfter durch Anerkennung des proletarischen Drängens nach — sagen wir es ruhig — bürgerlichen Daseinsformen oder die ganze Wirtschaft bricht eines Tages zusammen, Staat und Gesellschaft, Bürgertum und Proletariat unter sich begrabend. Der Wirtschaftsführer von heute hüte sich vor dem Standpunkt: Wenn es mich nur noch trägt, nach mir die Sündflut! Die großen Erschütterungen kommen meist sehr unerwartet.

Diesen Ausführungen von Westenberg kann die denkende Arbeiterschaft zustimmen. Was natürl heute ist mehr als je das Finden einer Arbeitslinie zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft. Wir geben uns nicht der törichtsten Auffassung hin, als ob es irgendwie möglich wäre, die Interessengegensätze ganz aus der Welt zu schaffen. Es kommt nur darauf an, daß beide Teile ihre Arbeit unter einem höheren Gesichtswinkel zu betrachten lernen. Einseitigkeit ist immer vom Belen. Auch die Politik einer Arbeitsgemeinschaft, an deren neuer besserer Formung wir nicht vorbeikommen, wird ja schließlich in einem Kompromiß endigen. Aber es frage sich doch jeder von uns, was besser ist: Ein Kompromiß, der die Möglichkeit bietet, sich gegenseitig zu verstehen und für beide Teile Erträgliches herauszufechen, oder Klassenkampf und Klassenhaß, der doch nur in einem wirtschaftlichen Chaos endigt.

Fällen immer noch die Löhne, und die sind durchweg erheblich unter dem Auslandsniveau. Es ist außerordentlich zu begrüßen, daß der Ruhrbergbau sich trotz der nicht wegzuleugnenden schwierigen Lage, in der er sich befindet, entschlossen hat, eine 20prozentige Ermäßigung der Kohlenpreise vorzunehmen, denn auf diese Weise wird einem guten Teil des Geschlechtes nach Preiserhöhungen das Wasser wohl zunächst abgegraben sein.

Im Gegensatz zu den Fabrikanten und Händlern, die sich am Preisabbau im Interesse der Heranschaffung billiger Mittel vielfach gleichmäßig beteiligen, gibt es leider und unglaublicher Weise auch eine Reihe Produzentengruppen, die noch in jüngster Zeit ihre Preise höher setzen zu müssen geglaubt haben, so die Farbenfabrikanten, diejenigen der keramischen Industrie, die Braunschweiger Konserve- und die Tabakfabrikanten. Die Preise für Spargelkonserven z. B. sind von den Fabriken soeben noch um 25 Prozent erhöht worden.

Andererseits macht man auch heute noch die Erfahrung, daß gewisse deutsche Produkte, besonders der Fahrzeugindustrie, im Auslande billiger verkauft werden, als im Inlande. Ja, laut Presse-meldungen hat die Firma Zündag in Italien ihre Motorräder im Laden billiger verkauft als in Deutschland an Händler. Man glaubt eben von gewisser Seite noch immer, im Inland Preise halten zu müssen, eine Tendenz, die sich bitter rächen kann. Daran sieht man auch, wie oberflächlich in manchen Industrien die Kalkulation ist und wie sie ohne Rücksicht auf die Gesamtheit Preise halten oder in die Höhe schrauben. Die Kreditnot wird aber auch hier schon ihr ehernes Wort sprechen.

Wohn soll das führen?

Die Inflationszeit hat ihre bösen Wirkungen voll über die Arbeiterschaft ausgeübt. Der Lohn blieb weit hinter dem Preisniveau, in Küche und Keller schrumpften die Vorräte zusammen, Kleider zu erneuern gab es nicht mehr. Die Stabilisierung ließ anfänglich manches hoffen. Aber die wirtschaftliche Krise und die Gleichgültigkeit der Arbeiterschaft ihrer gewerkschaftlichen Selbsthilfe gegenüber machte auch dadurch einen Strich. Die Arbeiter leiden am meisten unter den Verhältnissen. Die ungenügende Ernährung und Kleidung, die Zunahme der Tuberkulose sind schlimme Erscheinungen und die Zahlen, die herauskommen, sind geradezu erschreckend. So hat jetzt das Wohlfahrtsministerium eine Aufstellung herausgegeben, die in knappen Zahlen furchtbare Verhältnisse unter den Schulkindern zeigt.

Durch den Nahrungsmangel des letzten Jahres wurden besonders hart die Kinder zwischen 6 und 9 Jahren betroffen, die, in der Kriegszeit geboren, zum zweiten Mal Hungerzeiten durchmachen mußten. Als Folgeerscheinungen dieser Ernährungsstörungen, die durch die ständige Aufsicht der Schulärzte einwandfrei festgestellt werden konnten, waren insbesondere Unterernährung, verminderte Körpergröße und unternormales Gewicht festzustellen. Hierbei zeigten die Knaben schlechtere Befunde als die Mädchen.

Von 38 033 Schulkindern, die schulärztlich untersucht wurden, waren nur 32 Prozent befriedigend, 45 Prozent mangelhaft und 23 Prozent sehr schlecht ernährt. Im Durchschnitt ist die Hälfte unserer Schulkinder unterernährt, in manchen Orten, nämlich in Großstädten und Industriezentren, in noch höherem Maße, häufig bis 80 Prozent.

In vielen Großstädten und Industriezentren mußten zahlreiche Kinder ohne erstes Frühstück, viele ohne Mittagessen ausbleiben. In Götting erhielten von 7600 Schulkindern 172 kein Essen bis Mittag, 277 erhielten kein erstes Frühstück, 155 kein warmes Mittagbrot, 199 kein Abendessen. Im Kreis Münsterberg mußten von 1223 Volksschülern 93 das erste Frühstück, 80 von diesen auch das zweite Frühstück entbehren; von allen Schulkindern erhielten 190 kein zweites Frühstück und 88 kein warmes Mittagbrot. — In Wittenberge erhielten von 4800 Schulkindern 380 kein erstes Frühstück, ebenso viel überhaupt kein warmes Essen, 1140 Kinder nur eine warme Abendmahlzeit, aber kein richtiges Mittagessen. In der Industriestadt Barmen waren 80 Prozent der untersuchten Kinder unterernährt. Ähnliche Ziffern liegen aus Köslin, Glogau, den Kreisen Reichenberg, Striegau usw. vor.

Im Zusammenhang mit den Ernährungsstörungen machte sich eine erhebliche Abnahme der Körpergröße und des Körpergewichts geltend. So blieb im Kreis Viersfeld bei 3061 Schulkindern aus 10 Schulen die Körpergröße bei den Knaben bis zu 6,5 Zentimeter, bei den Mädchen bis zu 10,2 Zentimeter, das Körpergewicht bei den Knaben bis zu 7,8 Kilogramm, bei den Mädchen bis zu 6,4 Kilogramm zurück.

Als Folgeerscheinung der minderwertigen Ernährung wird eine Zunahme der englischen Krankheit berichtet; über das Anwachsen der Skrophulose und Tuberkulose ist in allen Berichten die Rede. Nach den Berichten aus 23 preussischen Regierungsbezirken, die eine Bevölkerungszahl von rund 20 Millionen Einwohnern umfassen, waren von 1 051 062 untersuchten Schulkindern 34 358 — 3,28 Prozent tuberkulös. Von besonderem Interesse ist ein Bericht der englischen ärztlichen Studienkommission demzufolge im letzten Vierteljahr 1923 von 1000 Kindern 67 in London, 117 in München, 124 in Berlin und 148 in Mainz an Tuberkulose starben.

In besonders empfindlicher Weise machte sich Mangel an Wäsche, Kleidung und Schuhwerk bemerkbar. Zum Teil sind Mieren- und Erkältungskrankheiten auf diesen Mangel zurückzuführen. Häufig mußten Schulkinder wegen Fehlens von brauchbarem Schuhwerk und Kleidern dem Unterricht fernbleiben. So hatten im Kreis Münsterberg von 1228 Volksschülern 402 nur ein Paar meist schadhafte Schuhe. Im Bezirk Königsberg konnten die Schulkinder die ärztliche Sprechstunde vielfach nicht besuchen, weil sie nichts anzuziehen hatten. Kinder, die sich während des Aufenthaltes auf dem Lande oder in Heilstätten gut erholten hatten, fielen schnell in den Zustand der Unterernährung und Kraftlosigkeit zurück, wenn sie zu Hause unter den Ernährungsstörungen weiterlebten.

Solche Zahlen sind grauenerregend und alles muß geschehen, um da Abhilfe zu schaffen. Aber sind solche Zahlen nicht auch juristische Anklagen gegen den Teil der Arbeiterschaft, welche die Gewerkschaftsbewegung, das Instrument der Besserung der Lohnverhältnisse, vernachlässigen und abseits stehen. Wie ganz anders könnten sich auch die Einkommensverhältnisse gestalten haben, wenn so viele Arbeiter sich nicht feige von der Organisation brückten? Allen dielen muß doch die Not ihrer eigenen Kinder hart in den Ohren gellen. Ob sie daraus lernen?

Kreditnot und Presse

Der abgelaufene Monat Juni stand auch bei der Metallindustrie wie bei Handel und Industrie Deutschlands überhaupt im Zeichen der Kreditnot. Es kann aber nicht von der Hand gewiesen werden, daß diese Not an ständigen Geldern die Verleitelungen endlich allerorts die Notwendigkeit schärferer Kalkulation und Rationalisierung sowie in deren Folge zu einem Preisabbau erkennen läßt. Die ersten Monate des Jahres gaben leider dazu keine rechte Veranlassung, denn der Auftragsengang war ja noch recht leichlich und wozu sollte man abbauen, wenn man gute Gewinne erzielen konnte. Diese Augenblickspolizei hat nun aber die Folgen, daß bei der allgemeinen Liquidität mehr oder weniger die Gewinne der Vormonate zu besetzt werden müssen, um überhaupt die Betriebe weiterzuführen zu können. Denn wir müssen uns darüber klar werden, daß die Kapitalnot nichts anderes ist als eine Folge der zu geringen Kaufkraft des Konsums, und des dadurch hervorgerufenen zu langamen Geldumlaufs. Denn der Konsumverbrauch großer Bevölkerungsschichten, die in der Inflationszeit zu Geld gekommen waren, spielt für den Umsatz heute keine große Rolle mehr. In diesem Zusammenhang leuchtet es auch ohne weiteres ein, daß der Standpunkt, daß die Gewährung größerer Kredite eine Belebung der Konjunktur hervorrufen könne, nicht allein Rettung bringen

Der einzige Weg, eine Belebung zu erreichen, ist das muß auch das schwerindustrielle Blatt „Rheinisch-Westfälische Zig.“, 7. Juli, zugeben, eine rückwärtslose Herabsetzung der Preise und Anpassung der Kaufkraft an die Bevölkerung, denn die heutige Billigkeit der Waren ist nur eine scheinbare, weil große Teile des Volkes noch immer gewöhnt sind mit den Milliardenzahlen der Inflationszeit zu rechnen und auch — was besonders die jüngere Generation betrifft — keine Friedens-, d. h. Vorkriegspreise mehr kennt. Hiermit soll keineswegs gesagt sein, daß die Vorkriegspreise als Maßstab heute unbedingt angelegt werden können, denn bekanntlich ist der Preisstandard auf der ganzen Linie gefallen oder richtiger gesagt die Kaufkraft des Geldes gefallen. Darum ist es also höchste Zeit, daß nun alle jogen. Risiko-Leuerungszuschläge usw. schnellstens verschwinden.

Erst kürzlich ist von einem Fabrikanten eine Aeußerung durch die Blätter gegangen, daß die Gestehungskosten in der Fabrikation fortgesetzt steigen und daß es nicht möglich sei, die Preise noch weiter herabzusetzen. Dem muß entgegengehalten werden wie dem das Ausland es möglich macht, die Preise fast aller Industrieerzeugnisse und besonders in der Metallbranche dauernd zu unterbieten. Gewiß haben wir vielfach unter höheren Belastungen zu leiden, wobei besonders die Umfahrter zu erwähnen ist, für die Gestehungskosten ausschlaggebend sind aber doch in den meisten

Zeitgedanken für christliche Arbeiter

Krise — die alles beherrschende Erscheinung der Gegenwart. Unser Wirtschaftsleben befindet sich in so schwerem Krisenzustand, wie wir es seit Jahrzehnten in Deutschland nicht mehr erlebt haben. Arbeitslosigkeit, Betriebsbeschränkungen oder Schließung der Betriebe und Betriebsabteilungen sind die Begleiterscheinungen mit ihren nachhaltigen Wirkungen für Wohl und Wehe der Beteiligten, insbesondere der Arbeiter. Aber nicht nur unsere Wirtschaft befindet sich in Krisenzustand, sondern auch unser gesamtes politisches und öffentliches Leben entbehrt Ruhe und Festigkeit. Extreme, wo wir hinschauen. Die extremen Gruppen links und rechts bieten alles auf, was in ihren Kräften steht, um eine Gesundung und Befestigung unserer politischen und staatlichen Verhältnisse zu verhindern und um neue revolutionäre Kämpfe vorzubereiten. Die letzte Ursache für diese Zustände in Deutschland ist zu suchen in der großen Weltkrise als Ergebnis des unglücklichen Versalles Friedensdiktats. Es darf ohne Hebertreibung gesagt werden, daß alle Industrieländer der Erde in steigendem Maße mitgerissen werden vom Unheil, daß der Versaller Vertrag über das deutsche Volk gebracht hat.

Naturngemäß beeinflussen diese Zustände in hervorragendem Maße das geistige Leben und Denken der beteiligten Menschen. Als nach fünf Jahren Krieg 1919 das Wort Friede ertönte, hatte es für klar Bildende und politisch Gesinnte schon damals einen recht bitteren Beigeschmack. Die große Masse des arbeitenden Volkes ist sich der Tragweite der Dinge, die sich in den Jahren 1918 und 1919 abspielten, nicht recht klar geworden. Wie konnte sie auch? Satten doch sozialistische Führer im November 1918 in die Welt hinein gerufen: „Das revolutionäre Proletariat ist siegreich auf der ganzen Linie“. Das arbeitende Volk sah damals in der Vorstellung, geknecht zu haben über Kapitalismus, Militarismus und alle arbeitfeindlichen Mächte und es konnte jetzt nach seinem Güt-dünken eine neue staatliche und wirtschaftliche Ordnung aufzurichten. Es wurde ganz übersehen, daß auf Grund des verlorenen Krieges das Schicksal unseres Volkes damit in erster Linie auch die Lebensbedingungen des Arbeiterstandes von auswärtigen Mächten maßgebend beeinflusst werden konnten und in der Folgezeit beeinflusst worden sind.

Alle die schönen Illusionen der Jahre 1918 bis 20 sind inzwischen wie Seifenblasen verpuffen. Pessimismus, Verzweiflung und Mißtrauen haben die Massen ergriffen. Wie man bittere Wahrheiten, die ernste und pflichtbewusste Führer auszusprechen wagten, in den Wind geschlagen hatte, so verhielt man sich auch heute wieder vernünftiger Einsicht und Rücksicht, die von ehrlichen Freunden des Arbeiterstandes gemacht werden. Sinegen findet auch heute noch der Verfälscher und Demagoge willig Gehör und vielmal auch Gefolgschaft. Ein anderer Teil der Arbeiterschaft verhält sich wieder in den Indifferenzismus und ist für nichts zugänglich. „Es nützt alles nichts“, ist die müde Ausrede dieser Leute, wenn ein vorwärts strebender Kollege auf sie einzuwirken sucht. In einer Erkenntnis sind sich alle einig, nämlich, daß die Arbeiterschaft in den letzten fünf Jahren schwere Fehler gemacht hat. Ueber die Frage, wo die Fehler zu suchen sind, scheiden sich aber die Geister. Es gilt deshalb zunächst, darüber Klarheit zu schaffen. Das soll in einem weiteren Artikel geschehen. Bis dahin möge jeder Leser einmal versuchen, der Sache selbst auf den Grund zu kommen.

Kollege S.

Das Land der geknechteten Arbeiterschaft

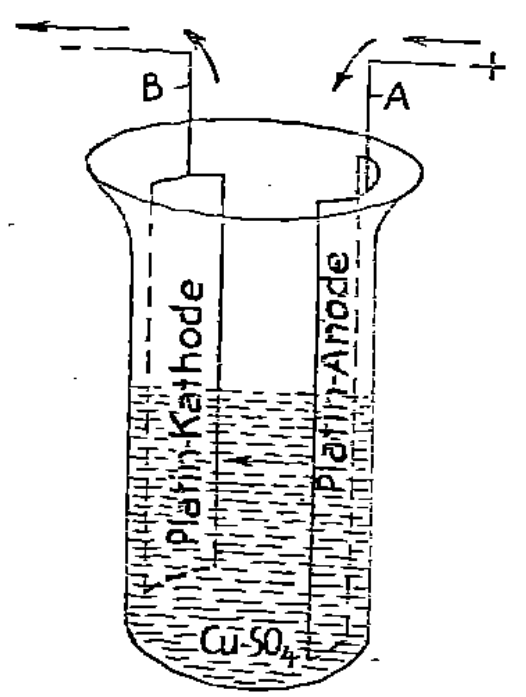
Ist nach der Meinung der Rabulaten selbstverständlich Deutschland, Rußland sei dagegen das Sonnenland der Arbeiterschaft, wo die Arbeiter im Mittagsglanze ihrer Rechte spazieren gehen könnten. Die Tatsachen sprechen da aber eine ganz andere Sprache. Der russische Historiker Prof. Melgunow hat in seinem kürzlich erschienenen Buche: „Der rote Terror in Rußland“ den deutschen Arbeitern die Leiden vor Augen geführt, die gerade in der letzten Zeit die Arbeiter in Rußland durchzulitten haben. Es heißt darüber laut Preisemeldungen:

Vor genau zwei Jahren gab die Sowjetregierung feierlich bekannt, daß die Todesstrafe nur noch auf Grund eines Gerichtsurteils in bestimmten Fällen angewandt werden sollte. Die gefährliche und viel gehauchte Tscheka wurde damals in eine sogenannte „staatlich politische Verwaltung“ umgetauft und ihre Kompetenzen auf politische Verbrechen beschränkt. In Wirklichkeit haben jedoch die standrechtlichen Erschießungen nie aufgehört und auch sonst ist trotz der Ankündigung alles beim alten geblieben. Im März dieses Jahres hat die Sowjetregierung das selbst zugestanden. Die Tscheka erhielt offiziell alle früheren Rechte zurück, sie durfte jetzt auch offiziell wieder standrechtliche Erschießungen vornehmen. Als Zweck dieser Maßnahme gilt nicht etwa die Abwehr der Konterrevolution.

Aus dem Leben eines Kupferatoms

Von Chemiker Dr. Viktor Kutzer.

III.



In der nebenstehenden Figur ist das Schema unserer Kupferelektrolyse gezeichnet. Durch den Draht A, der mit dem positiven Pol der Stromquelle verbunden ist, tritt der Strom in das erste Platinblech, die Anode ein, fließt von da in den Elektrolyten Cu So hinein, durch die Lösung hindurch an das zweite Platinblech, welches Kathode genannt wird, und fließt von da wieder durch den Draht B nach der Stromquelle zurück.

Durch diesen Strom wird nun unsere Lösung im Becherglas zerlegt, und zwar in die Kupferionen einerseits, und in die nichtmetallischen Ionen andererseits. Die Kupferionen wandern, wie wir schon sagten, mit dem Strom von dem positiven Pol zum negativen, also von der Anode zur Kathode. Dort erleiden die Metall-Ionen abermals eine grundlegende Umwandlung!

Wir hatten bereits bei der Behandlung des Metalls durch die Säure gesehen, daß die Metallatome eine Lamelle ansetzen, und vor unseren Augen verschwinden; hier bei der Elektrolyse geschieht nun das gerade Gegenteil. In der elektrisch negativen Kathode werden die Kupferionen ihre Lamelle wieder ab, und nehmen ihre ursprüngliche Lösung wieder an: das Kupfer wird metallisch an der Kathode abgeschieden, und zwar solange, als überschüssig Kupfer in der Lösung vorhanden ist, und der Strom dieses Kupfer als Metall an Platinblech abgeschieden hat.

Etwas Ähnliches geschieht an der anderen Elektrode, an der Platinanode. Hierher wandern die nichtmetallischen Ionen. In un-

Die Einsetzung der Tscheka in ihre alten Rechte erfolgte vielmehr, um das freilebende Proletariat und das aufständische Bauerntum niederzuhalten.

Offizielle Nachrichten und authentische Berichte aus Rußland schildern ein ungläubliches Martyrium der Arbeiter und Bauern. Um Streikversuche im Keime zu erlöchen, wurden in den letzten Monaten Fabriken umzingelt und Tausende von Arbeitern verhaftet. Arbeiter der staatlichen Betriebe, die in Streik traten und die Auszahlung ihrer Löhne erzwingen wollten, warf man in den Kerker oder verbannte sie in den hohen Norden. Arbeitslose, die den Verzweiflung und Hunger getrieben sich in Demonstrationen zusammenfanden, wurden von den Gerichten zu Gefängnisstrafen und zum Tode verurteilt, oder standrechtlich von der Tscheka erschossen. Nicht besser erging es den Bauern. Aus dem fernen Osten und aus dem Kaukasus, aus Turkestan, vom Ural und vom Don werden Aufstände gemeldet. Im Amur-Gebiet sind Hunderte von Bauern von Strafexpeditionen hingerichtet worden, während in Turkestan schon wochenlang blutige Kämpfe zwischen den Aufständischen und den regulären Truppen andauern. Die Gefängnisse sind überfüllt. Es wird sogar offiziell von körperlichen Massenzüchtigungen berichtet. In den Unruhestätten werden alle angelegentlich kommunistischen Elemente auf Grund irgendeiner Verdächtigung aus-gemergelt. Am schlimmsten wird es mit den Sozialisten, Sozialrevolutionären und Anarchisten getrieben. Erst vor wenigen Wochen mußte die „Kofka“, das offizielle Telegraphenbüro der russischen Regierung, melden, daß sich der jugendliche Sozialdemokrat Kronowitsch das Leben genommen habe. Das gleiche wurde von dem jungen Sozialrevolutionär Sandomit berichtet, und nicht viel später mußte die Erschießung von sechs Sozialisten durch die Wache im Konzentrationslager Solowstj im hohen Norden bestätigt werden.

Die rücksichtslose Gewalt Herrschaft der Sowjets hat ihren Eindring auf einen großen Teil der Arbeiterschaft nicht verfehlt. Fortgesetzt werden Austritte aus der kommunistischen Partei und Selbstmorde aus politischen Gründen gemeldet. Erst kürzlich hat sich das Mitglied des Allrussischen Volksrates Antoninow das Leben genommen, nicht etwa aus familiären Gründen, sondern aus Motiven, die lediglich in der Politik der Sowjetregierung zu suchen sind. Auch der bekannte Kommunist Krasnikow, der Mörder des Kaisers Nikolaus II., hat einen Versuch zum Selbstmord gemacht, nachdem er als Führer der Arbeiteropposition ins Gefängnis wandern mußte. Der erst vor wenigen Wochen auf offener Straße erfolgte Selbstmord des Arbeiters Strogow dürfte ebenfalls noch allgemein in Erinnerung sein. In dem von ihm hinterlassenen Brief hieß es u. a.: „Genossen, hört endlich auf, den Namen Karl Marx zu schänden“. Andere, die seiner Hebertuung waren, aber nicht durch Selbstmord endeten, sondern der Tscheka bzw. der kommunistischen Partei den Rücken kehren, finden heute im Gefängnis. Auch für diese Behauptung hat es unendliche Beweise!

Das ist das Rußland der Wirklichkeit! Ob den deutschen Arbeitern wirklich danach gelüftet sollte?

Zur Arbeitszeit in der Schwerkmetallindustrie

Die Forderung unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands, in der Schwerkmetallindustrie das Dreischichtensystem mit achtstündiger Arbeitszeit wieder einzuführen, hat insbesondere den Arbeitgeberverband für den Bezirk der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller als Gegner auf den Plan gerufen. Durch die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches, der das Zweischichtensystem mit der 12stündigen Schichtzeit bis zum Monat September vorsieht und womit sich die Metallarbeiterverbände einmütig und einstimmig abgefunden haben, ist diese Frage nur bedingungsweise und vorläufig erledigt. Die Erörterungen darüber werden nicht insweilen noch insweilen können, denn die Metallarbeiter und ihre Verbände werden in Anbetracht ihrer berechtigten Forderung die Hände nicht müßig in den Schoß legen. Außerdem läuft die Aktion des Christlichen Metallarbeiterverbandes zur gesetzlichen Regelung dieser Arbeitszeit nebenher und über die Bestimmungen des Arbeitgeberverbandes muß Wahrheit und Klarheit geschaffen werden.

So will u. a. nach dem Inhalt einer Gegenaktion an die Reichsregierung Nordwest die Frage der Verlängerung der Arbeitszeit „nicht vom technischen und sozialpolitischen Standpunkte aus gelöst“ werden, sondern allein von dem wirtschaftlichen Gesichtspunkt der Notwendigkeit einer Verbilligung der Produktion durch Erhöhung der Leistung“. Diese Ausdrucksweise ist also die engherzige geblieben, wie sie auch in der Vorkriegszeit in dieser Gruppe

gang und gäbe war. In einer unwidersprochenen Veröffentlichung „Die Arbeitszeit in der Eisenindustrie“ hat schon Kollege R. Schmitz, der 2. Vorsitzende unseres Verbandes, nachgewiesen, daß durch den geringen Lohnanteil am Eisenpreis die Wiedererführung des Dreischichtensystems nicht behindert werden könne. Dieselbe Behinderung kann auch nicht vorliegen hinsichtlich der Erhöhung der Leistung. Wenigstens ist mit den Zahlen nichts anzufangen, mit denen Nordwest nachweisen will, daß durch das Dreischichtensystem keine Erhöhung der Leistung möglich sei. Es werden von Nordwest folgende Zahlen veröffentlicht, die die durchschnittliche Erzeugung in verarbeiteter Ware je Arbeiter und Monat angeben“:

	1918 Jahres-	1922 Jahres-	1924
	durchschnitt	durchschnitt	März April
Arbeiterzahl	66 384	98 532	65 671 66 917
je Kopf und Monat	9,52	5,63	8,06 8,41
Verhältnis	100%	59,2%	84,8% 88,6%

Mit diesem Zahlenspiel soll also bewiesen werden, daß 1913 und in diesem Jahre bei der 12stündigen Schicht mehr geleistet worden sei als 1922 bei der achtstündigen Schicht. Hierzu ist folgendes zu bemerken:

Abgesehen von den allgemeinen Verschlechterungen unserer Produktion durch Krieg, Revolution, Reparationslasten, Erschütterung unserer Rohstoffquellen, insbesondere der Kohle usw., wird Nordwest zunächst nachweisen müssen, ob die Arbeiterzahlen der Nachkriegszeit auch tatsächlich denselben Verlust an und Produktionsarten der Vorkriegszeit entsprechen. In der Vorkriegszeit waren nämlich auf den Hüttenbetrieben für Zwecke des Verladens, des Transports usw. viele Zwischenunternehmer mit Hunderten, ja Tausenden zumeist ausländischen Arbeitern beschäftigt, die in den Zahlen der Vorkriegszeit nicht mit enthalten sind. Ferner ist die Bewertung der Nebenproduktion in diesen Großbetrieben im Laufe der letzten Jahre stark erhöht worden. Bau- und Reparaturarbeiten, Verkehrsverhältnisse usw. sind heute gegenüber der Vorkriegszeit von den Werken ebenfalls in Eigenregie genommen worden. Die Zahlen der durch mehr beschäftigten Arbeiter müssen deshalb, um einen richtigen Vergleich über die Kopfleistungen zu ermöglichen, für die Vorkriegszeit aufgerechnet und für die Nachkriegszeit in Abzug gebracht werden. Ob dieses geschehen ist, wird von Feuerarbeitern stark bezweifelt.

Nordwest führt ferner als Beweis, daß in acht Stunden keine gesteigerte Leistung zu erzielen sei, die schlechte Produktion des Jahres 1922 an, verschweigt aber dabei, zu sagen, daß dieses nicht an der Arbeitszeit, noch an der Arbeitsintensität der Feuerarbeiter, sondern an dem gewaltigen Mangel, an der Minderwertigkeit von Kohle und Koks und an der Verwendung teurer ausländischer Brennstoffe gelegen hat. So führte auf der 10. Generalversammlung unseres Verbandes Ende August 1922 unser Vorsitzender, Reichstagsabgeordneter Kollege Wieber, in einem Bericht über die gegenwärtige Lage im Ruhrgebiet aus: „Dreißig Hochöfen mußten ausbleiben werden weil ihnen nicht die genügenden Mengen Koks und Kohle zur Verfügung standen“. Wenn also 30 Hochöfen stillstehen mußten, wäre also auch beim 12stündigen Arbeitstag die Produktion gesunken. Es liegt das also nicht an dieser Arbeitszeit.

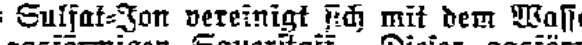
Daß im übrigen auch beim Dreischichtensystem eine Erhöhung der Leistung in den Feuerbetrieben möglich ist, zeugt der Geschäftsbericht unseres Verbandes für die Jahre 1920—1921. Er bringt dort auf Seite 12 die Produktionsziffern und die Größe der Belegschaften der beiden Berichtsjahre von einer der größten rheinisch-westfälischen Hüttenwerke. Aus dieser Aufstellung geht hervor, daß beim 12stündigen Arbeitstag die Produktion fast von Monat zu Monat gewaltig gestiegen ist. Dabei tritt auch hier hinsichtlich der Arbeiterzahlen das schon Gesagte. Einige der im Bericht monatlich angegebenen Zahlen seien hier wiedergegeben:

Jahr	Monat	Zahl der Arbeiter	Produktion in T.
1920	Januar	9 500	32 000
"	April	9 435	40 000
"	Juli	10 077	46 000
"	Oktober	10 050	50 000
1921	Januar	10 213	50 000
"	April	10 487	49 000
"	Juli	10 335	49 000
"	Oktober	10 590	59 000
"	Dezember	10 847	60 000

Hier liegt also eine gewaltige Produktionssteigerung beim Dreischichtensystem vor. Wäre diese Entwicklung weiter gegangen, bzw. wäre sie durch Brennstoffversorgung möglich gewesen, dann wäre auch 1922 trotz 12stündigen Arbeitstages die Produktion weiter emporgeklüffert.

ferem Falle haben wir eine Cu So Lösung, die durch den Strom in zwei Bestandteile zerlegt wird: in die -Zonen, die nach der Kathode gehen, und die So-Zonen, welche nach der Anode wandern. Die So-Zonen werden aber nicht als solche an der Elektrode abgeschieden, sondern sie reagieren zuerst noch mit dem Lösungswasser des Elektrolyten. Wasser hat die Formel HO, das heißt, es setzt sich aus zwei Atomen Wasserstoff und einem Atom Sauerstoff zusammen. Diese Verbindung von mehreren Atomen zu einem neuen einheitlichen Körper heißt Molekül oder Molekel. HO ist also ein Molekül Wasser, CuSo ein Molekül Kupfersulfat, HCl ein Molekül Salzsäure, HSO ein Molekül Schwefelsäure, u. s. f. . .

Die fragliche Reaktion des SO₄-Zons oder Sulfat-Zons mit dem Wasser wird dann durch folgende Gleichung veranschaulicht:



das heißt, das Sulfat-Zon vereinigt sich mit dem Wasser zu Schwefelsäure und gasförmigen Sauerstoff. Dieser gasförmige Sauerstoff tritt an dem erodierten Platinblech in Freiheit und steigt in Form kleiner Gasbläschen an der Oberfläch der Flüssigkeit und von dort in die Luft.

Infolge des Stromdurchganges haben wir also an dem einen Platinblech metallische Kupferabscheidung, an dem anderen gasförmigen Sauerstoffentwicklung.

Unser Chemiker ließ den Strom solange durchgehen, bis alles Kupfer restlos auf dem Platinblech abgeschieden ist. Dann wird der Strom unterbrochen, das Platin mit dem Kupfer reich aus der Flüssigkeit gehoben, abgepült, und über einer kleinen Flamme getrocknet. Hat es wieder die Zimmertemperatur angenommen, so wird es auf die Waage gebracht, und das Gewicht von Platin plus Kupfer bestimmt. Hierbei mag:

das Platin ohne Kupfer	6,1015 Gramm
das Platin mit Kupfer	6,1700 Gramm
mithin mag das Kupfer allein	
Wieviel Prozent Kupfer sind demnach in unserem Erz enthalten?	0,0685 Gramm
Die Gesamtmenge des abgewogenen war	0,2056 Gramm
das darin enthaltene Kupfer wiegt	0,0685 Gramm
Das Kupfer beträgt also annähernd ein Drittel der Gesamtmenge oder in Prozenten umgerechnet.	
Das vorstehende Kupfererz hatte also einen Kupfergehalt von 30 Prozent.	
Nachdem die Analyse abgeschlossen war, wurde das Platinblech wieder vom Kupfer gereinigt, indem es in Salpetersäure getaucht wurde. Die Salpetersäure — HNO ₃ — ist eine harte Säure, die das Kupfer auflöst, aber das Platin nicht tangreift.	

Ich setze also in der Salpetersäure meine Lamelle wieder auf und ging in Lösung. Diese salpetersaure Kupferlösung ist grün gefärbt und wird Kupfernitrat genannt. Ebenso werden alle anderen Verbindungen von Metallen mit der Salpetersäure Nitrate genannt. So gibt es z. B. Eisennitrat, Silbernitrat usw. . . und so, wie die Verbindungen der Salpetersäure immer Nitrate heißen, so heißen diejenigen der Salzsäure Chloride, und diejenigen der Schwefelsäure Sulfate.

In der nachfolgenden Tabelle sind eine Anzahl von Verbindungen dieser drei wichtigen Säuren mit ihren chemischen Formeln zusammengestellt:

1. HCl = Chlorwasserstoffsäure, Salzsäure, NaCl = Natriumchlorid, Kochsalz, CaCl₂ = Calciumchlorid, gelöschter Kalk, CuCl₂ = Kupferchlorid, FeCl₃ = Eisenchlorid, Blutstillungsmittel.
2. H₂SO₄ = Schwefelsäure, CaSO₄ = Calciumsulfat, Gips, MgSO₄ = Magnesiumsulfat, Bittersalz, CuSO₄ = Kupfersulfat, Kupfervitriol, Fe₂(SO₄)₃ = Eisensulfat, Eisenvitriol.
3. HNO₃ = Salpetersäure, NaNO₃ = Natriumnitrat, Salpeter, KNO₃ = Kaliumnitrat, Chilisalpeter, AgNO₃ = Silbernitrat, Höllstein.

Nachdem ich mich also unter der gütigen Mitwirkung von Chemikern und Salpetersäure in Nitrat verwandelt hatte, nahm unser Chemiker die ganze salpetersaure Lösung, gab sie in eine flache Kristallisierkassette, setzte diese auf ein Wasserbad, und dampfte uns ein, bis alle Flüssigkeit sich verflüchtigt hatte; wir blieben somit ohne Wasser in trockener Form als grünlich-blaue Kristalle in der Schale zurück.

Zuerst war ich also metallisches Kupferatom, dann flüchtiges Ion in der Lösung, und jetzt bin ich ein Salzatom im farbigen Kristall geworden!

Aber die Herrlichkeit in dem Kristallpaß sollte nicht von langer Dauer sein. Der Chemiker scharte die Kristalle in der Schale zusammen, warf uns zu anderen ähnlichen Produkten in einem größeren Gefäß und ging damit nach der Labettele hinunter, wo unser Rheinfahrer mit seiner Erlebung gerade gelüftet wurde.

„Das Erz hat 30 Prozent Kupfer“, rief er einem andern Herrn mit einer Brille zu, und mit diesen Worten schüttelte er den Topf, indem ich mich befand, auf den Haufen des übrigen Erzes an der Labettele zurück, und überließ uns dem Schicksal.

Hol aus

Von Werkmann Joseph Winkler.

Hol' aus, red' auf mit heldischer Gedärde,
 Du Mann am Umbohl! Spann dich! Straff den Mund!
 Schleudre gestemmt den Hammer rund
 Und hau, daß Kraft zu Kunst und Feuer werdel
 Mein aller Lehrer sagte, uns zu sputen:
 „Jungs, Klau in de Aedl — Jungs, Klau in de Aedl!“
 Die Hände sind ein wunderdroll Gerät,
 Die Schultern sind wie Balken und wie Ruten.
 Im Schwung des Hammers kreist die Ewigkeit,
 Und jedem steht ein Umbohl wohl bereit,
 Das sein Gewalttames gewaltig sei.
 Sei Tor und Waldur, gewand, verzweifelt nicht;
 Das Höchste, Letzte bleibt die Tat, die Pflicht.

Arbeiterlöhne und Beamtenehaltsregelung

In weiten Arbeiterschichten hat die neue Beamtenehaltsregelung viel böses Blut abgesetzt. Jeder Arbeiter war sich wohl darüber klar, daß die Gehaltsfrage der Gruppen 2-7 einer Aufbesserung bedürftig, aber es wurde absolut nicht verstanden, daß den unteren bedürftigen Klassen 17 Prozent und den oberen 70 Prozent Gehaltserhöhung zugesprochen wurde. Diejenigen, die es notwendig hatten, gingen am liebsten aus. Nachträglich ist ja da etwas Verringerung geschaffen worden. Zuführten an uns besagen es deutlich — und wir sind leider gezwungen, ihnen recht zu geben —, daß es betrübend sei, daß diejenigen Personen der Arbeiterbewegung, die in höhere Staats- und Kommunalstellen gestiegen sind, sich absolut nicht mit dem notwendigen Nachdruck gegen eine solche Lösung wandten.

Sieht man diese neue Beamtenehaltsregelung vom Arbeitnehmerstandpunkt aus an, dann muß, gelinde gesagt, die Art und Weise als sehr eigentümlich empfunden werden. Bei fast allen Lohnverhandlungen behaupten viele staatlichen Schlichtungsorgane, man könne aus „wirtschaftlichen Gründen“ nicht wesentlich höhere Löhne festsetzen, ja der Schlichter in Duisburg, Heuser, fühlte sich als Schlichter sogar bemüht, unter das Lohnangebot des Unternehmers herunterzugehen. Und in dieser Zeit warfen Reich, Staat und Kommunen im Handumdrehen fast eine Goldmine zur Beamtenehaltsregelung heraus. Nun vergegenwärtige man sich folgendes: Unsere Handelsbilanz wird von einer Passivität in die andere geschleudert, die Kreditnot und die Kapitalknappheit ist auf ein fürchterliches Maß gestiegen, die Steuerdrücke sind auf allen Gebieten bis zum letzten Maß des Erträglichsten angezogen. Seit der Zeit der Stabilisierung haben Reich und Staaten zum erstenmal mit festen Steuern rechnen können. Statt aber nun jetzt diese Steuern zu lockern, oder, wenn man das zur Sanierung des Reiches noch nicht für möglich hielt, die Steuererträge zum größten Teil der Wirtschaft wieder zuzuwenden, um sie flott zu machen, wirft man sie in einer solchen nicht zu rechtfertigenden Art weg, und man nimmt dazu auch die Gelder der Hauszinssteuer, die für Neubauten eingesetzt wird. Der Landwirt wird von der Rentenbank 20 Goldmillionen zur Besserung ihrer Lage zur Verfügung gestellt, und man glaubt damit genug getan zu haben. Das besetzte Gebiet und seine Wirtschaft leidet unter den unerträglichen Wicumsäften, aber keine Stelle im unbesetzten Deutschland hat außer den obligaten schönfärbenden Worten etwas dafür übrig. Und erst die Erwerbslosen! Gerade in Anbetracht der Regelung der Beamtenehaltsfrage hat unter Deutschen Gewerkschaftsbund einen sehr scharfen Vorstoß bei der Reichsregierung zu einer besseren Lösung der Erwerbslosenunterstützung gemacht.

Diese ganze Angelegenheit führt zu einer schärferen Auseinandersetzung zwischen den produktiven und unproduktiven Ständen. Man kann der Ansicht sein, daß die Gesellschaftskämpfe der Zukunft im Kampfe zwischen „Bourgeoisie“ und „Proletariat“ sich nicht so sehr um Eroberung des Phantoms politischer Macht abspielen werden, als vielmehr in einem Lösungssuch zwischen den produktiven und unproduktiven Ständen bestehen werden. Rußland und auch Deutschland haben Revolution gemacht unter dem Schlagwort „Diktatur des Proletariats“, aber sie haben nach „wissenschaftlicher“ Vorbereitung das Pferd beim Schwanz aufgejäumt und damit bewiesen, daß solche Revolutionen Unsinn sind. Man wollte die vermeintlichen unproduktiven Bourgeoisies verdrängen und setzte an ihre Stelle einen noch viel größeren Apparat von unproduktivem Beamtentum.

Damit ist nicht gesagt, als ob das Beamtentum überflüssig sei oder gar, daß „der Mann mit der schwierigen Faust“ im Handumdrehen wichtiger Kommunalpolitiker oder Staatsbeamter werden könne. So richtig zu glauben ist die denkende Arbeiterschaft nicht. Aber worauf es ankommt, ist folgendes: Ohne die produktiv schaffenden Stände in Industrie, Handel und Gewerbe, ohne die Exportarbeit nicht der beste Beamtentstand nichts, ja Volk und Land leben zunächst durch das, was die schaffenden Stände für sie heranzubringen. Ich lege den Nachdruck auf das Wort **leben**. Für die Existenz eines Volkes kommt es immer zunächst auf eine gesunde Produktion und Konsumtion an und dann erst auf die Reichs-, Staats- und Kommunalverwaltung. Wir haben es in der nachrevolutionären Zeit genau umgekehrt gemacht. Wir haben Verwaltungsapparat auf Verwaltungsapparat gehäuft, haben unsere Steuern dadurch belastet und haben dann erst an die Produktion gedacht. Das Wort von der sogenannten **Verteilungswirtschaft**, also einer Organisationsmaßnahme, konnte nur auf der Grundlage eines unnatürlich ausgerichteten Verwaltungsapparates entstehen, der seinen Daseinszweck im Aufeinanderbeschleichen immer größerer „Organisationen“ erblickte.

Die Arbeiterschaft als produktiv schaffender Stand muß sich auch die Frage vorlegen, ob sie eine solche Verschönerung und Verierung zwischen Produktion und Unproduktion lange mitmachen will. Ein Facharbeiter — und das ist doch nicht irgendwer — verdient insgesamt im Monat ohne Steuerabzug in der Spitze 140—150 M. Ein Beamter der Gruppe 5, Dienstklasse A, verheiratet ohne Kind 193 und 150 M. Die Kinderzulagen sind sehr hoch und kommen bis 70 Mark im Monat; eine Telegraphendame 110 Mark.

Wir gönnen den Leuten das. Aber wo bleibt der Lohn der Arbeiterschaft? Gerade die Arbeiterschaft muß die Erfahrung machen, daß man die Schwere der wirtschaftlichen Last am härtesten auf ihre Schultern läßt und bei Lohnverhandlungen um ein paar Pfennige sich die heftigsten Kämpfe entzünden, bei denen die staatlichen Schlichtungsorgane auch oft nicht wissen, ob sie fast oder warum sind. Aber die Arbeiterschaft darf daraus die Lehre ziehen, daß dieser Zustand noch lange bestehen bleibt, wenn sie sich nicht viel energischer betätigt.

Verbandsgebiet

Der letzte „Streik“ in Oberschlesien.

Wie in den meisten Industriegebieten Deutschlands, so hat auch in Oberschlesien in den letzten Jahren der gewerkschaftliche Einfluß in der Arbeiterschaft wegen mannigfacher Umstände gestiegen. Die kommunistische Agitation zeigte ihre Früchte. Das ober-schlesische Unternehmertum gab immer wieder neuen Anlaß dazu. Die Ein-

sichtlosen unter den Arbeitgebern wollten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse so schlecht wie nur irgend möglich gestalten. „Zurück zu den Verhältnissen der Vorkriegszeit“, das war ihr allgemeines Ziel. Die warnende Stimme der Gewerkschaftsführer wurde nicht gehört. Leider aber hörten auch die Arbeiterabteilungen in der Arbeiterschaft nicht die Stimmen der Vernunft. Man war sozialpolitischen Rücksichten einerseits und wirtschaftlichen Notwendigkeiten andererseits nicht zugänglich. Wenn sich deshalb irgendwo beklagenswerte Zustände herausgebildet haben, so erst recht in Oberschlesien.

In Erkenntnis ihrer Verantwortung für Volk, Staat und Wirtschaft hatten die Gewerkschaften im Dezember 1923 das Mehrarbeitszeitabkommen vereinbart. Sie wurden ausdrücklich für vorübergehende Zeit abgeschlossen und hatten bis zum 30. April ds. Js. Geltung. Gemisse Zusagen der Unternehmer, die im Zusammenhang damit bezüglich Erhöhung der Löhne und Durchführung der Umstellung vom Drei- zum Zweischichtensystem den Arbeitnehmervertretern gemacht wurden, blieben unerfüllt. Stellenweise trat sogar das Gegenteil davon ein.

In Werken, die der Fachgruppe Eisenhütten angehören, wurden nach Einführung der verlängerten Arbeitszeit Feierschichten eingefügt. Die Dezentallöhne, die im Januar unverändert blieben, wurden auf Antrag der Arbeitgeber ab 1. Februar im Schlichtungsverfahren um 5 Prozent herabgesetzt. Bei den Entlassungen nahmen die Unternehmer leider nur zu oft keine Rücksicht auf die Familienverhältnisse der Arbeiter. Zahlreiche Arbeiter, die aus den Landkreisen stammen und daheim oft nützlichere Arbeit verrichten können, wurden, weil sie Güntlinge von Meistern oder Steigern waren, in den Betrieben behalten. Ein großer Teil der einheimischen Arbeiterschaft wurde rücksichtslos entlassen. Die Erbitterung in der Arbeiterschaft erreichte ihren Höhepunkt, als bei dem Monat April mit den Arbeitgebern geführten Verhandlungen über die Arbeitszeit die für die Schwerarbeiter geforderten Erleichterungen abgelehnt wurden. Die Unternehmer bestanden rücksichtslos darauf, die verlängerte Arbeitszeit in allen Betrieben unverändert beizubehalten. In den Hüttenwerken Oberschlesiens hätte eine solche Regelung wegen der noch meist mangelhaften technischen Einrichtungen für die Hochofen-, Stahl- und Walzwerksarbeiter, sowie für Arbeiter der Kokerien und chemischen Betriebe ein zu großes Opfer bedeutet, dem die Arbeitnehmervertreter nicht zustimmen konnten. Außerdem halten die Unternehmer hinsichtlich einer entsprechenden Lohnserhöhung keinerlei Zusagen gemacht, obwohl die Arbeitnehmervertreter eine 15prozentige Lohnzulage schon vor Aufnahme der Arbeitszeitverhandlungen mit Rücksicht auf die gesteigerten Wohnungsmieten und hohen Preise für Bekleidungsgegenstände beantragt hatten. — Wehnlich lagen die Verhältnisse im Bergbau. Im Gegensatz zu anderen Revieren sollten hier die Arbeiter unter Tage 8 1/2 Stunden vor Ort arbeiten, Ein- und Ausfahrt wurde zur tatsächlichen Arbeitszeit nicht hinzugerechnet. Der größte Teil der ober-schlesischen Arbeiterschaft hatte seit Wochen der verlängerten Arbeitszeit für die berufliche Arbeitsleistung die durchschnittliche Zeit von ungefähr 15 Stunden täglich aufwenden müssen. In besonders ungünstigen Fällen war man langer Eisenbahnfahrten und Wege zwischen Wohnort und Arbeitsstelle noch längere Zeit erforderlich.

Angeichts dieser Verhältnisse hatte die kommunistisch-unionistische Agitation unter den Bergarbeitern Oberschlesiens den besten Nährboden gefunden. Die Organisationen hatten wegen der mangelhaften Mitarbeit ihrer Mitglieder nicht die Macht gehabt, durch Verhandlungen — etwas anderes aber kam nach Lage der Verhältnisse nicht in Frage — die von den Unternehmern geplanten Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse abzuwehren. Die Radikalisten aber blieben immer wieder zum Sturm.

Am 23. April wurde der Schiedsspruch über die verlängerte Arbeitszeit im ober-schlesischen Bergbau gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter gefällt. Die Verbindlichkeitsklärung wurde von den Unternehmern beim Reichsarbeitsministerium beantragt. Die vor der Verbindlichkeitsklärung üblichen Verhandlungen hatten bis zum 30. April noch nicht stattgefunden. Das im Dezember abgeschlossene Mehrarbeitsabkommen war mit dem gleichen Tage abgelaufen. Die Bergarbeiterverbände forderten durch öffentlichen Anschlag ihre Mitglieder dazu auf, ab 1. Mai die frühere tarifliche Arbeitszeit einzuhalten. Am 3. Mai wurden von den Arbeitgebern die Arbeiter zahlreicher Grubenbetriebe ausgesperrt. Am Abend desselben Tages fand eine Konferenz der Funktionäre und Betriebsräte aller Bergarbeiterorganisationen in Hindenburg statt. Die meisten der Konferenzteilnehmer gehörten der Union der Hand- und Kopfarbeiter an. Es wurde gegen den Willen der Gewerkschaftsführer beschlossen, die Arbeit sofort allgemein niederzulegen. Am 4. Mai, dem Tage der Reichstagswahl, erschienen die Kommunisten 130 000 Stimmen bzw. 2 Mandate. Darin kam die radikale Stimmung der Arbeiterschaft zum Ausdruck. Am Montag, dem 5. Mai, wurde in einer nochmaligen Konferenz der Streikbejahung erneuert. In diesem Tage war bereits in den meisten Grubenbetrieben Deutsch-Oberschlesiens Versuche eingetreten. Eine Streikleitung wurde gebildet, die aber nur aus kommunistisch gesinnten Betriebsräten und den Leitern der Union bestand. Vertreter der christlichen Gewerkschaften lehnten die Mitwirkung in der Streikleitung ab; an diesem Tage war nämlich die Mitteilung über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches über die Arbeitszeit eingegangen. Maßgeblichen Einfluß hatten die Vertreter der Bergarbeiterorganisationen nicht gewinnen können. Die Streikleitung bezeichnete sich als die ausführende Körperschaft der „revolutionären Betriebsräte“, die in ihren Konferenzen jeweils über entsprechende Maßnahmen Beschlüsse faßten, durch deren Durchführung die Streikleitung eine erfolgreiche Führung des Kampfes gewährleisten wollte. Der neugewählte kommunistische Reichstagsabgeordnete Jendrosch hatte sich verpflichtet, auch die Eisenbahnarbeiter zur Teilnahme am Streik aufzurufen und versprach der leitungsgebenden „revolutionären Betriebsräten“, daß er alles anstreben werde, um eine einheitliche Kampffront zwischen den streikenden Arbeitern der ober-schlesischen Großindustrie und den Arbeitern und Beamten der Staatsbetriebe herzustellen. Durch radikale Phrasen wurden die Massen getäuscht. Man fälschte Flugblätter u. a., die Namen maßgebender Organisationen und ihrer Führer wurden mißbraucht. Druckschriften, die nie von christlichen Gewerkschaftsführern oder in ihrem Auftrage unterschrieben worden waren, wurden von Beauftragten der Streikleitung eigenmächtig mit deren Namen unterzeichnet. Die ober-schlesische Arbeiterschaft wurde belogen, der größte Teil von ihr erkannte es aber nicht. Wer sich dem unverantwortlichen Treiben der Heher entgegenstellte, wurde in den Konferenzen, die im weiteren Verlauf der Bewegung stattfanden, niedergebückt und mit körperlicher Mißhandlung bedroht. Alles schien in der Arbeiterschaft vom Radikalismus bezaubert zu sein.

Trotz erneuter Warnungen der Organisationsvertreter der Metallarbeiter schlossen sich die Betriebsräte der Eisenhüttenwerke dem Vorgehen der Bergarbeiter an. Dennoch hatte der Ausstand am 14. Mai seinen Höhepunkt erreicht.

Die Drahtzieher dieser Streikbewegung waren bemüht, in den Massenversammlungen einseitige parteipolitische Propaganda zugunsten der Kommunisten zu betreiben. Neben wirtschaftlichen Forderungen, die die Wiedereinführung der verkürzten Arbeitszeit, eine angemessene Lohnserhöhung und die Wiedergewährung entzogener knappschäftlicher Mehrleistungen betrafen, waren einige politische Forderungen, u. a. die Entlassung aller politischen Gefangenen als Kampfziel aufgeführt worden. Es drohte die Gefahr, daß die Bewegung völlig in ein einseitiges, politisches Fahrwasser gedrängt worden wäre. Mit Erfolg haben verantwortliche Gewerkschaftsführer diese Bestrebungen durch entschiedenes Eingreifen

bekämpft. Ihr Rat, so schnell wie möglich Verhandlungen über die wirtschaftlichen Forderungen mit den zuständigen Stellen anzubahnen, wurde jedoch von der Streikleitung leider nicht beachtet. Der Wirtschaftskampf hätte durch eine verständnisvollere Haltung der Streikleitung wesentlich abgekürzt werden können. Das aber wollten die eigentlichen Leiter dieser Streikbewegung, einige landfremde Heher, unter allen Umständen verhindern. Von den Streikbeherrschern wurden alle Vorschläge, die von den Gewerkschaften zugunsten der Arbeiterschaft gemacht wurden, verdächtigt. Der Kampf ging weiter und sollte gemeinsam mit der Bewegung im Ruhrrevier beendet werden. Die Streikleitung versäumte es jedoch, dafür rechtzeitig die nötigen Maßnahmen zu treffen. — Inzwischen war auch der Schiedsspruch für die Eisenhüttenwerke für verbindlich erklärt worden. In dem allgemeinen Streikfeiern hatten aber rechtliche Erwägungen leider nicht die nötige Beachtung gefunden. Der Streik wurde nicht abgebrochen, obwohl der Schiedsspruch für die Eisenhütten einige Verbesserungen enthielt.

Nachdem die günstige Gelegenheit für Verhandlungen von der ober-schlesischen Streikleitung versäumt worden war und die Nachsicht von der Beendigung der Absperrung im Ruhrrevier innerhalb der ober-schlesischen Arbeiterschaft immer mehr bekannt wurde, flaute der Streik in Oberschlesien ab. In der Woche vor Pfingsten nahm die Zahl der Arbeitswilligen von Tag zu Tag zu. Am 7. Juni beschloß die Betriebsräteversammlung in Zabeberge die Wiederaufnahme der Arbeit für Dienstag, den 10. Juni. Damit hielt die Bewegung in Oberschlesien nach einer Gesamtdauer von mehr als 5 Wochen ein beklagenswertes Ende gefunden. — Die ober-schlesische Arbeiterschaft nahm die Arbeit wieder auf, ohne direkte Erfolge erzielt zu haben. Sozialpolitische Rechte von großer Bedeutung waren wegen einseitiger parteipolitischer Machenschaften gefordert worden. Rund 60 000 Arbeiter hatten mehrere Wochen hindurch einen nie wieder ein uholenden Lohnausfall erlitten. Ihr in staunenswerter Ausdauer gedrahten Opfer waren wegen der falschen unionistisch-kommunistischen Führung vergeblich. Die Wirtschaftlichkeit zahlreicher Betriebsanlagen war ebenfalls stark erschüttert worden. Aufträge, die der Eisenindustrie für längere Zeit bessere Beschäftigungsmöglichkeit geheißen hätten, waren verloren gegangen. Das scharfmacherische Unternehmertum hat neue Unterlagen für arbeiterfeindliche Bestrebungen erhalten. Dies und vieles andere hätte im Interesse des Fortschritts und allgemeinen Wohls unterbleiben können, wenn der größte Teil der ober-schlesischen Arbeiterschaft den wiederholten Mahnungen ihrer berufenen Arbeiterführer gefolgt wäre und an praktischer, aufbauender Gewerkschaftsarbeit teilgenommen hätte.

Wenn der letzte Streik in Oberschlesien einen Erfolg haben soll, so kann es nur der sein, daß die christlichen Arbeiter Oberschlesiens erkennen mögen, in welchen Reihen sie ihre Plätze einzunehmen haben. Die Lösung muß sein: „Fort mit dem Heber-radikalismus und hinein in die christlichen Berufsverbände, um im wahren Interesse der Arbeiterschaft auf christlicher Grundlage an der Verwirklichung unserer Aufgaben zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, zur geistigen und allgemeinwirtschaftlichen Hebung, sowie zur beruflichen Fortbildung des Arbeiterstandes mitzuarbeiten!“

Bekanntmachung

Sonntag, den 20. Juli ist der 30. Wochenbeitrag fällig.

Briefkasten

E. S., Duisburg. Ohne Zweifel geht der Artikel „Dreiviertel Millionen“ in der „W. A.“ etwas über das Ziel hinaus, wenn man auch in den meisten Punkten mit ihm übereinstimmen kann. Wenn man die Seelenlosigkeit des heutigen Fabriklebens so stark betont ohne zugleich aber eine Aenderung oder Besserung vorzuschlagen zu können, so dürfte das manchen, der nicht den ganzen Fragekomplex zu überschauen in der Lage ist, nach gewissen Seiten hin beeinflussen, die auch der „W. A.“ nicht lieb sein würden.

U. u. a. Wenn ihr schreibt, daß eure Agitation „immerhin zufriedenstellende Erfolge“ aufweist, so ist leider die Mittelwelt nicht in der Lage, daraus etwas Näheres zu erfahren. Warum denn keine geleistete Arbeit geheim halten?

B. S., Essen. Du hast recht; es wird auch bei manchen Kollegen zuviel herumspinnert. Sie sind anscheinend immer auf der Suche nach neuen Problemen. Besser wäre es schon, sie wären auf der Suche nach neuen Mitgliedern.

Soziale Literatur

Die Grundlagen der Volkswirtschaftspolitik von Prof. Dr. Götz Briefs betitelt sich Band 10 der „Bücher der Arbeit“. (Herausgeber: Eduard Herzog und Georg Wieber.) Echo-Verlag, Duisburg, 1. Mark.

Die aufsteigende Flut manchesterlicher Wirtschaftsanschauungen und der sozialen Reaktion machen es notwendig, sich wieder auf die wirklichen Grundlagen einer wahren Volkswirtschaftspolitik zu bestimmen. Mit der ihm eigenen Gründlichkeit untersucht Prof. Briefs Ausgangspunkt und Wirkungen. Prof. Briefs ist in den letzten Wochen in eine scharfe Kampfstellung zum Unternehmertum geraten, weil er auf Grund spezieller Studien die aufsteigende soziale Reaktion beleuchtet und den vielbeachteten Aufsatz holländischer Universitätsprofessoren veranlaßt. Briefs stellt als Axiom auf, daß die Wirtschaft nicht um ihrer selbst willen da sei, sondern Unterlage des einzel menschlichen Lebens darstelle. Das Nur-Produktionsideal sei falsch. Eine grundsätzliche Immunität der Wirtschaft dürfe kein Staatswesen anerkennen. Andererseits weiß Briefs aber auch genau, was die Wirtschaft notwendig hat und er scheut sich nicht, weiten Arbeitermassen ernste Worte zu sagen. Für den im öffentlichen, wirtschaftlichen, politischen oder gewerkschaftlichen Leben stehenden Mann ist der neue Brief eine unbedingte Notwendigkeit.

Der Echo-Verlag hat sich entschlossen, für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften und des deutschen Gewerkschaftsbundes einen billigen Monat der „Bücher der Arbeit“ zu veranstalten. Alle bis jetzt erschienenen Bände sollen pro Band statt 1 Mark, 65 Pfennig kosten. Ortsverwaltungen usw. erhalten pro Band 15 Pf. Rabatt, für sie stellt sich also der Preis auf 50 Pf. Die unbedingte notwendige geistige Schulung der Arbeiterschaft hat den Echo-Verlag, der auf genossenschaftlicher Grundlage ruht und kein Gewinnunternehmen ist, zu dieser Herabsetzung veranlaßt. Wir bitten die Freunde und Kollegen, eifrig Gebrauch von dem billigen Monat zu Juli zu machen. Am 1. August ist Schluß der billigen Verkäufe. Es ist also ratsam, sich umgehend für den Bedarf für Unterrichtsstunde usw. einzudecken.

Kollegen, vergeßt nicht die Werbearbeit für den Verband!